



ei =



lung

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Deker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin, den 27. Okt. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreis-Physikus, Medizinal-Rath Dr. Welzel zu Glatz, den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath zu verleihen.

Se. Excellenz der General-Lieutenant und Inspekteur der Besatzung der Bundesfestungen, von Below II., ist nach Mainz abgereist.

Wann noch drei Monde ihren Kreislauf werden beendet haben, dann kehrt die Zeit wieder, wo den Zusicherungen gemäß, die der König feierlich seinem Volke gemacht hat, die Vertreter der verschiedenen Landestheile unserer Monarchie zu den provincialständischen Berathungen zusammentreten. Die Zeit der politischen Apathie ist bei uns vorüber, deshalb bezeichnet dieser Zusammentritt immer eine Epoche unseres Staatslebens, denn es ist die Zeit, wo das Volk auf dem einzigen ihm bisher gestatteten Wege durch das Organ seiner erwählten Deputirten seine Wünsche, seine Bitten, seine Beschwerden an den Thron gelangen läßt und Erhörung und Abhilfe derselben erbittet. Drei Mal ist diese Periode seit dem für Preußen so wichtigen Jahre 1840 wiedergetehrt, bald kommt sie zum vierten Male, und in immer gesteigertem Maße hat das Volk im Großen und Ganzen diesen Berathungen seine Theilnahme und Aufmerksamkeit geschenkt; Bürgerschaft genug, daß die Entwicklung unseres inneren politischen Lebens in ununterbrochenem Zunehmen begriffen ist, und daß diese Entwicklung nicht eher wird gehemmt werden können, als bis sie sich mit den Forderungen der Zeit in ein Gleichgewicht gesetzt haben. Je vertrauensvoller wir aber der Hoffnung leben, daß dies sich nach und nach zur Wahrheit gestalten werde, und je mehr wir überzeugt sind, daß dies Ziel nur erreicht werden könne, wenn Alle, Jeder in seinem Kreise, der Verwirklichung derselben nach ihren besten Kräften nachstreben, um so unerwarteter kommt die Nachricht, die eben jetzt die öffentlichen Blätter bringen, daß mehrere nicht unbedeutende Städte auf das wichtige Recht der Vertretung auf dem nächsten Provincial-Landtage zu verzichten gesonnen sind. Man meldet dies namentlich nicht bloß von Naumburg, der Stadt, wo sonst so viel für Anbahnung zeitgemäßer Fortschritte geschieht, von Langensalza, Weisensfels und Zeitz, sondern man spricht sogar die Vermuthung aus, daß selbst Magdeburg, dieser Sammelplatz religiösen wie politischen Freisinn, sich dem Beispiele dieser Städte anschließen werde. Es ist zwar wahr, daß wenn wir die Protokolle der letzten drei Provincial-Landtage durchblättern, wir finden, daß Sachsen einen unerklärlichen Indifferentismus in Bezug auf die wichtigsten Fragen der Zeit an den Tag gelegt habe: allein es hieße dennoch, unserer Meinung nach, den in der Provinz herrschenden Geist verkennen, wollte man den eben angedeuteten Entschluß aus eben dieser Gleichgültigkeit gegen die Probleme erklären, deren Lösung die Aufgabe der Gegenwart ausmacht. Die Naumburger wenigstens sollen, der Kölnischen Zeitung zufolge, als Grund ihres Verhaltens ausdrücklich die Erklärung zu Protokoll gegeben haben, daß ihnen die provincialständische Verfassung, weder in Berücksichtigung der Zusammensetzung, noch der Berechtigung des Landtags, mehr genüge, und daß sie bei einem Institute sich nicht ferner betheiligen wollten, welches einer reichständischen Verfassung hemmend im Wege stehe; und wenn die Stadt Langensalza, dem Vernehmen nach, ihre Weigerung nur dadurch begründet hat, daß ihnen der Landtagsdeputirte zu viel koste, so scheint uns doch, daß auch dieser Grund nur in einem relativen Sinne zu verstehen sei; wir hoffen dies wenigstens. Allein gleichviel, ob diese Vermuthung richtig oder falsch, welches auch immer die Motive des Entschlusses sein mögen, den Entschluß selbst müssen wir als durchaus voreilig und unüberlegt bezeichnen. Ist er der Ausfluß einer Gleichgültigkeit gegen das wichtigste Recht, welches dem Unterthan, der Regierung gegenüber, als Staatsbürger zusteht, gegen das Recht, Theil zu nehmen, und sei es auch nur durch Mitberathung, an der Regelung und Verwaltung der Staatsangelegenheiten, so bekundet dies ein Nichtverständnis der eigenen Interes-

fen und der Zeit in einem so hohen Grade, daß man eben nur sagen kann: mögen die, die in ihren eigenen Angelegenheiten nicht mitberathen wollen, dann Alles, was auch immer kommen mag, über sich ergehen lassen, wie die Stürme, von denen sie nicht wissen, von wannen sie kommen und wohin sie führen; der Zeitgeist bedarf ihrer nicht, um sich Geltung und Anerkennung zu verschaffen, er hat der Kämpfer genug auf der Bühne der Welt, die seine Sache zu führen wissen, wehe aber dem, der ihn nicht versteht! Denjenigen aber, die sich zu diesem Entschlusse durch ihren allzugroßen Feuersifer, durch ihr lebhaftes Verlangen, unseren inneren politischen Verhältnissen eine andere Gestalt gegeben zu sehen, verleiten ließen, geben wir zu bedenken, wie wenig geeignet der Weg, den sie einschlagen, ist, um ihr Ziel zu erreichen. Es wird kein Sieg errungen ohne Kampf: sich des Kampfes begeben heißt das Uebergewicht der Gegner anerkennen. Der König hat seinen festen Entschluß dahin ausgesprochen, unseren ständischen Institutionen eine weitere Entwicklung angedeihen lassen zu wollen, und daß seit dem Jahre 1840 in der That Vieles geschehen ist, diesen Entschluß zur Wahrheit zu gestalten, wer vermöchte es zu läugnen? Die Bestimmung des Zeitpunktes, wann fernere Reformen in dieser Beziehung eintreten sollen, muß und kann nur der Allerhöchsten Entschließung vorbehalten bleiben; und wie, man hofft diesen Zeitpunkt durch Trost zu beschleunigen? denn, liegt nicht etwa in einer Demonstration der hier besprochenen Art ein Trost involviret? Auch wir wünschen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse nicht für immer dauernd bleiben; so lange aber der Zeitpunkt einer Aenderung noch nicht eingetreten ist, lassen sich wirkliche Erfolge nur dadurch erzielen, indem man seine Thätigkeit dem gegenwärtig den Ständen eingeräumten Wirkungskreise anpaßt, von den gesetzmäßigen Rechten derselben den möglichsten Gebrauch macht, und, sich den Umständen fügend, die Nothwendigkeit und Nützlichkeit fernerer Rechte durch ein ernstes und unverdroffenes Wirken im jetzigen Kreise darthut. Ein altes Deutsches Sprüchwort sagt: wer das Kleine nicht ehrt, ist des Großen nicht werth; möchte man desselben auch mit Bezug auf die hier in Rede stehenden Verhältnisse eingedenk sein. Und in der That, giebt es keinen Wirkungskreis der zu gering wäre, als daß sich nicht, innerhalb desselben, Bedeutendes und Großes erreichen ließe; wenn die Naumburger deshalb ihre Weigerung, sich bei dem Provincial-Landtage zu betheiligen, dadurch zu motiviren gesucht haben, weil ihnen die gegenwärtige Verfassung weder in Berücksichtigung der Zusammensetzung noch der Berechtigung des Landtages genüge, so geben wir ihnen, statt dessen, den Rath, ihre Wirksamkeit dahin zu richten, daß nicht bloß von ihnen selbst, sondern aus der ganzen Provinz, Männer auf den Landtag gesandt werden, die mit eben so richtiger Erkenntniß der gegenwärtigen Verhältnisse, wie mit Entschiedenheit und Tüchtigkeit der Gesinnung und des Charakters, ihre erhabene Stellung, als Abgeordnete des Volks wie als Rathgeber der Krone, wahrzunehmen verstehen; alsdann wird man nicht bloß ferner nicht mehr der Provinz Sachsen den Vorwurf des Indifferentismus gegen die wichtigsten Fragen der Zeit machen, sondern die Regierung wird auch die Ueberzeugung gewinnen, daß es gleichmäßig in ihrem, wie im Interesse des Volks liege, mit einer weiteren Fortbildung der Verfassung nicht länger zu säumen. Kurz, wir wiederholen es noch einmal, sollten sich die mit großer Bestimmtheit gegebenen Nachrichten von der Nichtbetheiligung mehrerer Städte beim nächsten Provincial-Landtage bestätigen, so ist der damit eingeschlagene Weg, was man damit auch erzielen wolle, durchaus ungeeignet, und der guten Sache des Fortschritts nachtheilig. Hierzu gesellt sich aber noch ein anderes Moment, das von der Verfolgung des Entschlusses abräth. In den sogenannten constitutionellen Verfassungen, bei denen jeder einzelne Abgeordnete als ein Vertreter des gesammten Volkes dasteht, wird durch das Nichterscheinen eines oder mehrerer Deputirten der Sache dieses ganzen Volkes kein direkter Abbruch gethan, denn immer werden die Uebrigen das Interesse desselben noch im Großen und Ganzen wahren: der Fehlende fügt sich eben nur der Entscheidung der Mehrheit der Erschienenen. Bei unserer provincialständischen Verfassung aber, wo jeder einzelne Abgeordnete zunächst ein bestimmtes Lokal- und Staats-Interesse zu vertreten berufen ist, erwächst für diejenigen Orte, die auf dem Landtage nicht vertreten sind,

eine direkte Benachtheiligung gegen alle anderen wirklich vertretenen Orte. Es mag dies vielleicht noch eine Mangelhaftigkeit sein, daß dies so ist, aber es ist einmal, und es scheint uns somit auch hierin eine neue Aufforderung für die oben genannten Städte zu liegen, von ihrem, unserer Meinung nach voreilig gefaßten, Entschlusse abzustehen.

Man fragt vielleicht endlich mit einer gewissen Spannung, welche Stellung die Regierung einer solchen Demonstration gegenüber einnehmen werde? Zunächst scheint uns allerdings keine Berechtigung vorzuliegen, irgend einen Ort zur Beschickung des Landtags wider seinen Willen zu zwingen, denn überall im Deutschen Staatsrechte und so auch in den speciell Preussischen Bestimmungen ist zwar von einer Berechtigung und Befugniß zu einer solchen Beschickung die Rede, nirgends aber von einer Verpflichtung, zu deren Erfüllung Jemand zwangsweise angehalten werden könnte, ja ein Ministerial-Rescript vom Jahre 1833 spricht dies mit Bezug auf einen einzelnen konkreten Fall, wo deshalb angefragt wurde, ausdrücklich aus. Zwar hätte die Staatsregierung nach §. 83. der revidirten Städteordnung das Recht, diejenigen Stadtverordneten-Versammlungen, die sich beharrlich der Wahl eines Landtags-Abgeordneten und somit der Erfüllung einer ihnen obliegenden Pflicht weigern, aufzulösen, und die Mitglieder derselben für unfähig zu einer neuen Wahl zu erklären; allein wir glauben nimmermehr, daß die Regierung von diesem ihr zustehenden Rechte aus dieser Veranlassung Gebrauch machen und damit dieser in der That unüberlegten Demonstration eine Wichtigkeit beilegen werde, die sie nicht verdient*). Umgekehrt vermögen wir wirklich noch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß diejenigen, welche wirklich mit dem hier besprochenen Vorhaben umgehen sollten, durch die Mißbilligung, welches dasselbe in der Presse erfährt, werden bewogen werden, dasselbe aufzugeben. Man schadet der besten Sache durch die Wahl falscher Mittel, um zum Ziele zu gelangen; gegen diese Mittel, nicht gegen den Fortschritt, den man ersieht, erklären wir uns hiermit, denn ihm dienen auch wir; das mögen von Neuem diese Zeilen beweisen.

○ Berlin den 25. Okt. Bei seinem Amtsantritt am 19ten d. M. hat Herr General Postmeister v. Schaper folgendes Circulare an sämtliche Postanstalten in den Provinzen erlassen, das wohl als Beweis, wie sich Amtsanständigkeit und Höflichkeit wohl mit einander vereinigen lassen, einer größeren Deffentlichkeit verdient. „Das Postamt in N. N., lautet dasselbe, ist bereits unterrichtet, daß des Königs Majestät mir die Leitung des Postdepartements anzuvertrauen und mich zum General-Postmeister zu ernennen geruht haben. In Folge dieser Ernennung übernehme ich heute die Geschäfte meines neuen Amtes etc. Da ich seither der Postverwaltung fern gestanden und mit den Eigenthümlichkeiten derselben weniger vertraut bin, so komme ich bei Uebernahme des mir auf meinen Wunsch Allerhöchsten Orts verliehenen Amtes ganz besonders in den Fall, die treue, umsichtige und kräftige Unterstützung der sämtlichen Herren Postbeamten der Monarchie in Anspruch zu nehmen, indem es mir dadurch möglich werden wird, die mir zu Theil gegebene Aufgabe in einer den landesväterlichen Absichten Sr. Majestät und dem wahren Interesse des Landes entsprechenden Weise zu lösen.

Ich muß daher auch die dortigen Herren Postbeamten bitten, mir diese Unterstützung nicht zu versagen, vielmehr mit mir vereint dahin zu streben, den Ruhm, dessen sich die Preussische Post im In- und Auslande mit vollem Rechte erfreut, nicht nur zu erhalten, sondern, so weit die Verhältnisse es irgend gestatten, noch zu erhöhen.

Nicht minder bitte ich aber die sämtlichen Herren Postbeamten, mir in allen Verhältnissen mit dem vollsten offenen Vertrauen entgegen zu kommen. Ich werde es für eine der ersten meiner Pflichten erachten, dieses Vertrauen in gleicher Weise zu erwidern, da eine langjährige Erfahrung mich gelehrt hat, daß nur auf dem Boden eines gegenseitigen offenen Vertrauens sich ein Dienstverhältniß recht gedeihlich gestalten kann.

Ganz besonders aber muß ich die Herren Postbeamten ersuchen, sich stets gegenwärtig zu halten, daß die Postanstalten vorzugsweise dem Dienste des Publikums, der Hebung und Förderung des Verkehrs gewidmet sind, und daß, so wie auf der einen Seite Treue, Umsicht und Pünktlichkeit unter den wesentlichsten Eigenschaften eines guten Postbeamten nicht fehlen dürfen, eben so auf der andern Seite eine aufmerksame, zuvorkommende und gefällige Behandlung des Publikums zu seinen unerläßlichen Pflichten gehört. Es würde mir sehr unerwünscht sein, zu erfahren, daß diese Rücksichten hie und da außer Augen gesetzt werden.

Dagegen dürfen die Herren Postbeamten sich versichert halten, daß ich bei Verfolgung der Zwecke der Postverwaltung auch ihren eigenen Interessen gern alle zulässigen Rücksichten widmen werde, und es mich freuen wird, recht oft Gelegenheit und die Mittel zu erhalten, den Wünschen jedes Einzelnen von ihnen förderlich zu sein. Berlin den 19. Oktober 1846. Der General-Postmeister. (gez.) v. Schaper.“ — Eine solche Sprache ist bisher zu den Postbeamten noch nicht gesprochen worden, und sie wird nicht verfehlen von vorn herein dem Herrn v. Schaper das Vertrauen und die Liebe derselben zu gewinnen. Manchem kleinen Postregenten in der Provinz, der nun nach dem Beispiel seines höchsten Vorgesetzten sein Benehmen ändern soll, wird sie jedoch vielleicht unangenehm sein und mitunter eine kleine Beschämung bereiten.

Berlin. (Spen. 3.) — Eine Seite des neuen Verfahrens in Prozeß- und Criminalsachen, welche durch die vervollständigte Deffentlichkeit noch bedeu-

tend gewinnen würde, ist die Herstellung eines milderen und feineren Tones, eines größeren Anstandes bei den gerichtlichen Verhandlungen. Bisher ist, nicht mit Unrecht, oft der Wunsch ausgesprochen, daß bei diesem und jenem Gerichtshofe ein zweiter „Magler“ sich das Verdienst erwerben möchte, eine größere Humanität der Beamten mit voller Strenge zu verlangen. Man hat oft geklagt, daß einzelne Justiz-Beamte, ohne allen Grund, gegen die Parteien und deren Vertreter zuweilen nicht bloß ein hochfahrendes, anmaßendes Betragen angenommen, sondern auch, ohne Anreizung, nicht selten sogar ganz gebildete Personen mit Grobheit behandelt hätten. Wir wollen nicht untersuchen, ob diese Klagen überall gerecht gewesen sind. Das aber können wir aus eigener, oftmaliger Wahrnehmung bestätigen, daß allerdings oft sich Gelegenheit gefunden hat, eine gänzliche Verkennung der gegenseitigen Stellungen bei einzelnen Gerichtspersonen wahrzunehmen und ein Betragen zu bemerken, daß wenigstens gegen alle Grundsätze der Humanität verstieß. Wie vortheilhaft in dieser Hinsicht das neue, mehr der Deffentlichkeit hingebene, Verfahren wirken muß, hat sich schon in den ersten Tagen hier in Berlin herausgestellt. Nicht nur, daß die Vorstehenden die Angeschuldigten, selbst aus den untersten Ständen, mit den im gewöhnlichen Leben üblichen Prädikaten belegt haben, hat sich auch eine viel mildere und menschlichere Behandlung gezeigt, als diese sonst wohl oft stattgefunden hat. Wir sind keineswegs geneigt, der überfeinen Bildung das Wort zu reden, aber wir sind der Ansicht, daß auch der Angeschuldigte bis auf einen gewissen Grad hin Anspruch auf eine höfliche Behandlung hat, wenn er nicht besonderen Anlaß zu Ausnahmen giebt, und glauben, daß gerade die größere Deffentlichkeit dazu dienen muß, die richterlichen Personen behutsamer, schonender und milder zu machen. Wollten sie die nöthige Mäßigung und Rücksicht vergessen, so würde ohne Zweifel die öffentliche Stimme als eine strenge Richterin einschreiten und sie in ihre Schranken weisen. Diese Schranken sind durch das Gesetz und die Sitte gezogen, und es ist kein vernünftiger Grund da, sie zu überschreiten. Wo eine Partei oder deren Vertreter sich erlauben sollte, die Autorität des Richters und die ihm schuldige Achtung zu verletzen, hat dieser Mittel genug, die Ordnung herzustellen, und mehr ist nicht notwendig; jeder ungehörige Ausfall, jede Anmaßung und Härte bei der Verhandlung ist eine Ungehör, denn der Richter ist nur dazu da, das Gesetz zu handhaben, es anzuwenden und bei dieser Anwendung auf Ordnung zu sehen. Mit Recht rügte daher ein berühmter Französischer Advokat es als eine Ungehörigkeit, als der Präsident eines Pariser Gerichtshofes ihn in seiner Vertheidigung unterbrach und die Richter bei einer ihnen anstößigen Stelle durch Murren ihr Mißfallen zu erkennen gaben. Ungehörig war es, daß das Publikum seiner Rüge lauten Beifall zollte, aber der Präsident hatte sich selbst diese Unannehmlichkeiten zugezogen. Auch in Absicht der Pünktlichkeit wird das neue Verfahren vortheilhaft einwirken. Gewiß wird es jetzt seltener vorkommen, daß die Deputirten, während sie selbst von den Parteien die größte Präcision fordern, diese Stunden lang vergeblich warten lassen, oder die Termine so rücksichtslos anberaumen, daß, wie es hier und da geschehen, das Publikum viele Stunden nutzlos verlieren muß. Auch wird es bei dem neuen Verfahren, je mehr die Deffentlichkeit fortschreitet, sich von selbst herausstellen, daß die Richter genöthigt sind, sich streng an die Sache zu halten, dieser ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen und alle Nebendinge bei Seite zu lassen. Sonach wird das neue Verfahren, je öffentlicher, je mehr den Geist der Ordnung und des Anstandes befördern.

Berlin. — Die sittlichen Zustände Berlins, die in der letzteren Zeit öfter zum Gegenstande der Presse gemacht worden, bieten jetzt besonders durch die übernehmenden Eheprozesse einige eigenthümliche Erscheinungen dar, welche bezeichnend für unsere öffentlichen und häuslichen Verhältnisse zugleich genannt werden können. Seit der Einführung des neuen Gerichtsverfahrens für Ehesachen hat sich nämlich bei uns das besonders auffällige Ergebniß herausgestellt, daß die Klagen auf Ehescheidung bei den Gerichten in einer beispiellosen Steigerung zugenommen haben. Es läßt sich nach Ausweis bestimmter Angaben wohl eine zehnfache Vermehrung der Ehescheidungsprozesse gegen sonst bemerken und zwar deckt sich bei dieser Gelegenheit gerade das Leben unserer unteren Volksklassen, in welcher Sphäre die Eheprozesse vorzugsweise spielen, auf eine wahrhaft grauenerregende Weise in seiner sittlichen und materiellen Zerfallenheit, in einer mit der äußeren Noth des Lebens wetteifernden gründlichen Verwüstung auf.

Ein Handlungsdiener hat sich hier vor Kurzem einer Wechselverfälschung schuldig gemacht und war es ihm gelungen, eine Summe von mehreren hundert Thalern allein bei einem hiesigen Handlungshause zu erheben. Er war damit nach Magdeburg entflohen, kehrte jedoch, sich vielleicht sicher glaubend, oder aber von Gewissensbissen getrieben, hierher zurück und fiel so in die Hände der Polizei. Eine ziemlich bedeutende Summe fand man noch bei ihm; das Uebrige hatte er jedoch schon durchgebracht.

Erst in den letzten beiden Tagen sind in das bei Moabit nach dem pennsylvanischen System erbaute neue Gefangenhause aus der Provinz Posen her Gefangene und zwar vorläufig ihrer 11 eingebracht worden. Die in dem neuen Gefangenhause befindliche Wache ist daher gestern Mittag durch eine Abtheilung hiesiger Militairs zum erstenmal bezogen worden. Dem Publikum ist auch seit einigen Tagen die Besichtigung der neuen Anstalt nicht mehr gestattet, und ein zahlreiches Beamtenpersonal befindet sich in solcher unter der Leitung des Hrn. Hauptmanns Grabowski, bereits in Thätigkeit. In wenigen Tagen werden wohl noch größere Gefangentransporte nachfolgen. Es sind übrigens, wie uns vers

*) Ist in Beziehung auf Naumburg inzwischen geschehen.

sichert wird, alle Anstalten getroffen worden, um den gefangenen Polen eine möglichst schonende Behandlung zu Theil werden zu lassen, und so die Erschwerung der Haft wieder aufzuheben, welcher sie wegen Mangels an einer andern geeigneten Lokalität ausgesetzt werden müssen. Für das königliche Kammergericht ist die eigentlich zur Kirche bestimmte große Halle der Anstalt bereits zu einem Sitzungsaal eingerichtet worden, dessen nähere Anordnung ganz dem neuen Untersuchungsverfahren entspricht. Es werden in diesem Saal über hundert Personen als Zuschauer Platz finden können, falls nicht die Angeklagten von der ihnen nach dem neuen Gesetz zustehenden Befugniß Gebrauch machen und sich gegen die Zulassung von Zuschauern erklären.

Der hier anwesende Großfürst Konstantin gedenkt noch acht Tage in unserer Mitte zuzubringen, um alle Sehenswürdigkeiten Berlins genau in Augenschein zu nehmen. Seine mehrtägige Anwesenheit am Altenburger Hofe wollen hiesige Diplomaten auf eine Vermählung des erwähnten Großfürsten mit einer altenburgischen Prinzessin beziehen. Dem Vernehmen nach soll Seitens des Cultusministers jetzt auch der Cultus der Deutschkatholiken genauer überwacht werden, damit selbige in dieser Beziehung nicht die ihnen vorgeschriebenen Grenzen überschreiten. — Die hiesige Polizei-Behörde scheidet jetzt allen Buchhändlern, zu deren Kenntnißnahme ein gedrucktes Verzeichniß der, vom königl. Ober-Censurgericht seit seiner Einrichtung und bis zum 15. September 1846 ihrem ganzen Inhalte nach mit dem Debitsverbote belegten, innerhalb der Deutschen Bundesstaaten erschienenen Schriften. Aus demselben ersieht man, daß im Ganzen während dieses mehrjährigen Zeitraums 46 Schriften verboten worden sind.

Nach einem in dem neuesten Justizministerialblatt enthaltenen allerhöchsten Erlass vom 11ten v. M. haben die Geistlichen für die von ihnen anzustellenden Sühneveruche in Ehescheidungssachen in Zukunft keine Gebühren mehr zu fordern.

Königsberg, den 23. Oktober. Die Stadt Königsberg hatte im Jahre 1828 63,353 Einwohner, und im Jahre 1843 67,376. Die Zahl der Fabrikgebäude und Speicher hat sich in derselben Zeit von 446 auf 582 vermehrt. — Der Freiherr Joseph von Eichendorff, der beliebte Deutsche Dichter, hat Danzig verlassen und ist mit seiner Familie auf längere Zeit nach Wien gegangen.

Magdeburg. — Der Gustav-Adolph-Verein in Gönnern hat sich gegen die Ausschließung des Dr. Rupp in einem Schreiben an den Provinzial-Vorstand feierlich verwahrt und dieselbe für statutenwidrig erklärt. — Die Gemeinde von St. Nicolai in Nordhausen hat einen Protest dagegen erlassen, daß die Agende von 1829 als zwingendes Gesetzbuch angesehen werde, und dagegen, daß man ihr den von ihr gewählten Pfarrer, Diac. Valzer in Deltisch, vorenthalte.

Münster. — Die bischöfliche Behörde hat die Schaustellungen der stigmatisirten Winter, so wie überhaupt den Zutritt zu derselben streng untersagt. Die arme Nonne wird jetzt noch von dem Teufel heimgesucht, der, wie sie sagt, sie überfällt und mit Stricken geißelt. Der Vicarius und spezielle Hausfreund der stigmatisirten Winter reicht ihr jetzt alle Morgen um 5 Uhr das Abendmahl vor dem Bett, und ist fast den ganzen Tag bei ihr.

Elberfeld. — Die seit dem Februar als Verkäufer entwendeter Fabrikstoffe eingezogenen Mäkler und Händler haben in diesen Tagen ihr Urtheil erhalten. Nur drei wurden zu acht Wochen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt; die übrigen wurden entlassen.

N u s l a n d.

D e u t s c h l a n d.

Hamburg am 24. Okt. Die Lübecker Bürgerschaft ist dem Antrage des Senates, der Staatsgesetzgebung eine repräsentative Basis zu geben beigetreten. So ist denn ein großer, entscheidender Schritt in dem Verfassungsreformwerk unserer Schwesterstadt geschehen, und wir wünschen derselben aufrichtig, wenn auch nicht ohne ein Gefühl gewiß entschuldbarer Neides, Glück zu diesem Fortschritt, welchen wir sicherlich als ein Ereigniß von nicht geringer Bedeutung nicht für Lübeck allein begrüßen dürfen.

Aus dem Herzogthum Schleswig. Von Seiten der Stadt Londern, welche in der Ständeversammlung durch Herren Bessler vertreten wird, ist folgende Erklärung an die Ständeversammlung des Herzogthums Schleswig abgegeben.

„Wir unterzeichnete Bürger und Einwohner der Stadt Londern fühlen uns gedrungen, an die Schleswigsche Ständeversammlung folgende Erklärung abzugeben. Wir erklären, daß, so wie seit uralten Tagen sowohl in Kirchen und Schulen, als auch vor Gericht keine andere als die Deutsche Sprache in dieser Stadt geherrscht hat, so wollen wir auch, daß diese unsere Muttersprache uns fernerhin unverkümmert verbleibe. Wir erklären ferner, daß wir in der Wahl-Acte von 1460 die wahren und richtigen Verhältnisse erkennen, in welchen Schleswig und Holstein zu dem Königreich Dänemark stehen, und wollen diesem gemäß: 1) daß die Selbstständigkeit und unzertrennliche Verbindung der Herzogthümer Schleswig und Holstein zur vollsten Wahrheit werde und allgemeine Anerkennung finde; 2) daß das den Herzogthümern zustehende Steuerbewilligungsrecht in zeitgemäßer Form wiederum in Kraft trete; 3) daß die getrennten Ständeversammlungen beider Herzogthümer zu einer gemeinsamen Schleswig-Holsteinischen Ständeversammlung vereinigt werden; 4) daß der Gemeinsamkeit unserer Verhältnisse mit den Dänischen in den Finanzen, im Heerwesen und in der gesammten Verwaltung mit aller Entschiedenheit von der Ständeversammlung entgegengewirkt werde; 5) Da es klar vorliegt, daß von Dänemark dahin gewirkt wird, daß das Herzogthum Schleswig vom Herzogthum Holstein getrennt und mit dem Königreich Dänemark einverleibt

werde, und da die, in solcher Beziehung allerhöchst erteilte Erklärung uns keine Verhütung gewährt, so wollen wir, daß zur Vermeidung eines solchen Unglücks das Herzogthum Schleswig dem Deutschen Bunde einverleibt werden möge.“

Von der Eider, den 23. Oktober. So eben langen die ersten Privat-Nachrichten aus Schleswig von der dortigen Ständeversammlung an. Sie werden leicht erwägen, daß sie mit Begier aufgenommen und weiter getragen werden, und in der That ist es der Mühe werth, wenigstens für unser Land, sie zu erfahren. Ganz entschieden nämlich war die Lage der Dinge, daß diese Stände, bei der Zerissenheit der gegenwärtigen Zustände, den positiven Mittelpunkt für das politische Bewußtsein nicht bloß des Augenblicks, sondern auf Jahre herausgeben mußten. Sie haben das erkannt, und was sie erkannt haben, das haben sie gethan. Zuerst ist Bessler, der bekannte Präsident der Neumünsterschen Volks-Versammlung, mit 32 Stimmen gegen 10, zum Präsidenten der Stände erwählt worden. In diesem Falle, wie in manchem andern, ist die Persönlichkeit des Präsidenten selbst schon ein bestimmtes Zeichen, wie sich eine Versammlung gewissen Tendenzen gegenüber stellen will; daß aber gerade Bessler zum Präsidenten gewählt ist, das zeigt, daß die Versammlung mit all der Energie aufzutreten gesonnen ist, die der gegenwärtige Augenblick fordert. Eben so wichtig aber sind die ersten Privat-Propositionen, mit denen die Versammlung ihre Wirksamkeit begonnen hat. Die erste — doch kennt man noch nicht die Reihenfolge der Tagesordnung — fordert den König auf, diejenigen hochstehenden Beamten zu entlassen, die das Vertrauen des Volkes nicht genießen, vor allem den jetzigen Kanzlei-Präsidenten Grafen v. Moltke, den hauptsächlichsten Urheber der neueren Maßregeln gegen die Herzogthümer. Die zweite fordert den König auf, daß er den offenen Brief zurückernehmen möge. Die dritte verlangt eine Verfassung der Herzogthümer, mit Einheit der Stände, Steuerwilligungsrecht und vor allem mit Trennung vom eigentlichen Königreiche Dänemark. Die vierte endlich bittet um einen Anschluß Schlesiens an den Deutschen Bund. Ich kann nicht dafür einstehen, daß dieses die Ordnung der gemachten Propositionen ist, noch auch dafür, daß nicht vielleicht, statt vier, ihrer sechs gestellt wurden. Allein ganz entschieden ist das Obige der Inhalt der Propositionen. Sie sehen, daß diese Versammlung die wahre Aufgabe ihrer Stellung vollkommen begriffen hat. Wie im Jahre 1844 die Holsteinschen Stände das Recht der Lande in ihrer hochwichtigen Adresse an den König für immer ausgesprochen haben, so werden die Schleswigschen Stände jetzt für die Hoffnungen desselben sich zum entschiedenen und entscheidenden Organ machen. Indessen wird sich über die nächste Folge dieser Propositionen schwerlich weder ein Einheimischer, noch selbst ein Fremder irgend eine Illusion machen. Ständische Propositionen sind Dokumente, keine Thatfachen. Selbst wenn, wie wir allerdings nicht zu bezweifeln berechtigt sind, diese Propositionen insgesammt vor den Thron des Königs durch die Zustimmung der Stände kommen, so werden sie keinen unmittelbaren Erfolg haben. Es wird um ihrentwillen schwerlich das Geringste geändert werden. Aber sie bleiben darum nicht weniger wichtig. Denn, von nun an, hat das Land eine positive Richtschnur für seine Bestrebungen, und mit der entschiedensten Bestimmtheit läßt es sich sagen, daß durch diese innige Gemeinschaft zwischen den Ständen und dem Volke mehr erreicht wird, als selbst durch die formelle Bewilligung des einen oder andern Punktes. Die Saat, welche durch diese Bestrebungen unserer Volksvertreter gesät wird, kann erst später aufgehen, aber sie wird darum nicht weniger reich sein. Unsere Lieben mögens erben — welches bessere Erbtheil könnten wir ihnen hinterlassen?

Altenburg, den 24. Okt. Se. Kaiserl. Hoheit der Großfürst Konstantin hat sich mehrere Tage in unserer Mitte aufgehalten und an unserm Hofe ein reges Leben hervorgerufen. Seine Trennung von unserer verehrten Herzogl. Familie schien ihm schwer geworden zu sein. Man schmeichelt sich hier allgemein mit der Hoffnung, daß der Großfürst, welcher durch seinen aufgeweckten Geist und durch seine Leutseligkeit hier Alle für sich einnahm, bald in nahverwandtschaftliche Beziehung mit unserm erlauchten Regentenhause treten werde.

Stuttgart den 20. Okt. Vor einigen Tagen wohnte Se. Majestät der König einem Versuche bei, die Schieß-Baumwolle zum Sprengen von Felsen in dem Eisenbahn-Tunnel bei Lauffen zu verwenden. Der Erfolg soll ein sehr günstiger gewesen sein und sich Se. Majestät ganz befriedigt geäußert haben. — Die Königin und die Kronprinzessin Olga besuchten gestern die unter dem Namen königl. Katharinen-Stift hier bestehende höhere Töchter-Erziehungs-Anstalt, deren Gründerin bekanntlich die verstorbene Königin Katharine, geborne Großfürstin von Rußland, ist.

D e s t e r r e i c h.

Wien den 23. Okt. Die neuesten Berichte über die Krankheit Sr. K. H. des Erzherzogs Palatin lauten gleich beunruhigend. In eine Wiedergenesung ist kaum mehr zu denken. In politischer Beziehung sind die Maßregeln für jeden Fall so getroffen, daß die engere Landes-Verwaltung nicht die mindeste Unterbrechung erleiden wird. — Der Großfürst Michael und seine Gemahlin sind durch den hoffnungslosen Zustand der Großfürstin Marie in die tiefste Betrübnis versetzt. Sie empfangen Niemanden als die K. Familie. — Die neuesten Nachrichten aus Gallizien lauten sehr betrübend. Theuerung, Noth und Elend steigen fortwährend im Lande, und Bauern und Edelleute stehen sich feindlicher, als je, gegenüber. — Die Vorfälle in der Schweiz beschäftigen unsere Staatskanzlei sehr. Man sieht den Schweizerischen Gesandten v. Gfänger sehr oft bei dem Fürsten Metternich und auch der Französische Botschafter, Graf Flahault, soll Mittheilungen in dieser Angelegenheit gemacht haben. Es heißt, an der Schweizer-

schen Grenze, von der Italienischen Seite her, solle unser Militair verstärkt werden. Im Voralberg ist dies bereits nach den Luzerner Ereignissen geschehen.

Unsere Hauptstadt hat im Ganzen 410,947 Einwohner, ohne Militair und Durchreisende, 88,868 Familien, 8776 Häuser, 720 Geistliche, 3242 Adlige und 6023 Beamte.

Im Neutraer Comitatz in Ungarn, von Slowaken bewohnt, und im Komorner, von Madtscharen bewohnt, sind auffallende Widersegligkeiten gegen die Robtleistungen vorgekommen.

Lemberg den 20. Okt. Die Lemberger Zeitung meldet, daß, nachdem mittelst Kaiserlichen Dekrets vom 15. September im Galizischen Landes-Gubernium gegen Hochverräther das Standrecht angeordnet worden, in Vollziehung dessen ein Circular des außerordentlichen bevollmächtigten Hof-Commissairs für Galizien, Grafen Stadion, ergangen und unterm 6ten d. von dem Subernial-Präsidenten, Baron Krieg von Hochfelden, dem Vice-Subernial-Präsidenten, Grafen Kasanski, und dem Subernialrath Nitis zu öffentlicher Kenntniß gebracht ist.

F r a n k r e i c h.

Paris den 23. Okt. Obgleich der König am Sonntag Abend den päpstlichen Nuntius, den General Sainte-Albeconde, und einige andere Personen empfangen, sah Se. Majestät doch sehr angegriffen aus, was von einer Erkältung herrühren soll. Mittags war der König so leidend, daß er den Justiz-Minister, der ihm mehrere dringende Vorlagen zu machen hatte, nicht annehmen konnte. Auch die Königin sah bei den diplomatischen Besuchen am Sonntag Abend sehr leidend und kränklich aus.

Der Esprit public behauptet, König Leopold habe die ihm zuge dachte Vermittelung zwischen Ludwig Philipp und der Königin Victoria abgelehnt.

Wie es heißt, wäre Santana, sobald er sich wieder im Besitze des Staatsruder der Mexikanischen Republik sah, darauf bedacht gewesen, Beziehungen mit der Französischen Regierung anzuknüpfen; zu diesem Behufe hätte er Herrn Fernando Mangino, welcher in Paris die Mexikanische Republik repräsentirt, bereits die erforderlichen Instruktionen zugesandt.

Wie es heißt, wird Graf Rossi nicht geradesweges nach Rom zurückkehren; er würde sich über Wien, wohin er von Herrn Guizot mit einer besonderen Mission beauftragt sei, auf seinen Posten zurückbegeben.

Von der Gazette de Lyon wird jetzt die früher von daher bezweifelte Nachricht von Truppenmärschen nach der Schweizerischen Grenze bestätigt.

Von der Marokkanischen Grenze vernimmt man, daß ein Adjutant des Kriegs-Ministeriums mit Depeschen dort eingetroffen war, welche zur Anknüpfung von Unterhandlungen wegen Befreiung der in der Deira Abdel Kader's gefangen gehaltenen Franzosen ermächtigen.

Dem Constitutionnel zufolge, ist der Vice-Admiral Dupetit-Thouars durch eine telegraphische Depesche nach Paris berufen worden und hat hier eine lange Konferenz mit dem See-Minister gehabt, worauf unverzüglich mittelst telegraphischer Depesche nach Brest bestimmte Verhaltens-Vorschriften an den Gouverneur der Französischen Niederlassungen in Oecanien ergangen wären, wohin kürzlich Truppen und Munition auf mehreren Transport-Fahrzeugen eingeschifft worden.

Die Zeitungen erzählen, daß der Herzog v. Nemours, als er vor drei Wochen durch Foug, im Meurthe-Departement, kam, dort von den Damen eine Auswahl der schönsten Weintrauben geschenkt erhalten, und dies Geschenk durch Weintrauben aus seinen Gärten erwidert habe. Die Geschenkgeberinnen erhielten vier Kisten, die sie vermuthlich mit werthvolleren Gegenständen gefüllt glaubten, aber es gab nur Weintrauben für Weintrauben!

Ein Sohn der Königin Christina und des Herzogs von Nianzares wird in diesem Winter das Gymnasium Heinrich IV. beziehen.

Die Gräfin v. Demidow ist mit einer Freundin aus Deutschland in das Kloster der Augustinerinnen von Chaillot gegangen. Der Graf, ihr Gemahl, wird in Kurzem aus St. Petersburg hier erwartet.

Heute Nacht ist die Seine um nicht weniger als 6 Fuß gestiegen; das Wasser ist gelb und bringt die Spur zerstörter Gebäude u. dergl. mit sich. Alle Werkstätten am Ufer stehen unter Wasser. Auch die Röhne ist um 5 Fuß gestiegen, so daß Noanne unter Wasser steht.

Der Courier français versichert, daß man im Kriegsministerium mit einem Censur-Projekt für Algerien beschäftigt sei. Sowohl Zeitungs-Artikel, als Schriften, die in Algerien erscheinen, sollten fortan nicht ohne Erlaubniß dort gedruckt werden dürfen.

Aus Algier reichen die Nachrichten bis zum 12., enthalten aber nichts Neues. In Marokko hatte der Französische General-Consul in Tanger eine Audienz bei dem Sultan nachgesucht, um ihm die noch auf der Reise begriffenen normännischen Pferde zu überliefern, welche der König der Franzosen dem Sultan zum Geschenk macht. Die Audienz war freundschaftlich bewilligt worden und es fehlte nur noch an den Pferden.

In der Nacht vom 17. hat ein heftiger Sturm mit Regen in vielen Gegenden des Landes großen Schaden angerichtet. Die Loire hat drei Hängebrücken zerstört und die Straße nach Marseille war an mehreren Stellen durch Uberschwemmung unterbrochen.

Großbritannien und Irland.

London den 22. Okt. Die vorgestrigen Times kommen in einem leitenden Artikel noch einmal auf die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit zurück. Sie meinen, daß seit 1814 (?) ähnliche Aufregung in Deutschland nicht

geherrscht, und lassen jetzt derselben, als einem Ausbruch des Nationalgefühls, doch in gewisser Beziehung Gerechtigkeit widerfahren: aber so groß auch ein derartiger patriotischer Eifer sei, so übertreffe ihn doch die — Unwissenheit. — Jene Patrioten schwaxten nämlich (wie die Times meinen) von der Gefährdung Deutschlands, falls Schleswig mit Dänemark eventuell vereinigt würde, während Schleswig, „doch nie, zu keiner Zeit oder in keiner Weise zu Deutschland gehört habe.“ (!) Für derartige Eiferer sei die Adresse der Heidelberger Professoren ein Drafel. Je näher die Times aber die Sache untersuchen, um so mehr haben sie gefunden, daß die ganze Aufregung eitel Dunst und die Ansprüche ungerecht gewesen; sie (die Times) hätten zuerst auf die Schwäche der deutschen Argumente hingewiesen, falsch sei es aber, wenn man ihnen die Absicht unterlege, als ob sie Deutschland hätten fränken wollen; im Gegentheil freuten sie sich des „neu erwachten Nationalgefühls, achteten dessen Gewalt, wünschten und verlangten aber, daß es auf friedliche und rechtmäßige Zwecke gelenkt würde.“ Abgeschmackt sei indeß die Angabe, daß sie (die Times) unter Dänischem Einfluß die Frage besprochen: diese Beschuldigung könne nur als ein indirectes Compliment für die Genauigkeit der Thatfachen, auf welchen die Ansichten geruht hätten, angesehen werden. „Es ist (heißt es weiter) bemerkenswerth, daß die sonst bei Erörterung der inneren Landesangelegenheiten geseffelten und ohnmächtigen deutschen öffentlichen Organe sich einer ungebundenen Erlaubniß bei Ermuthigung eines Geistes der Gewaltthätigkeit gegen eine Nachbarmacht und der Unzufriedenheit gegen eine Nachbar- Provinz erfreuten (!) Das servilste Werkzeug Oesterreichischer Polizei wurde der bedächtigte Vertheidiger dieses beabsichtigten Eingriffs in die Rechte Anderer, während es niemals Stimme und Gewalt hatte, eine bessere Ordnung der Dinge daheim zu befürworten. In einem Lande, wo die Presse und die öffentlichen Lebensthätigkeiten freier sind, würde die Schleswig-Holsteinische Frage ihre natürliche Bedeutsamkeit bewahrt haben. Aber in Deutschland ist die Frage von den Regierungen aus einem geheimen Grunde aufgestellt worden.“ Schließlich können die Times, welche die Deutschen noch gehörig mitnehmen, nur Uebles aus dieser Aufregung in Deutschland erwachsen sehen. (Daß die Times sich bei allem Dem in dieser Sache noch nicht beruhigen können!)

Nichts kann die Leichtfertigkeit und Unwissenheit, mit welcher die Franzosen die Angelegenheiten ihrer Nachbarn zu behandeln pflegen, mehr charakterisiren, als die von der Presse in vollem Ernst ausgesprochene und, wie man sagt, sogar in höheren Kreisen gehegte Ansicht, daß die Niederlage, welche die Englische Diplomatie kürzlich in Spanien erlitten hat, zu einem Ministerwechsel in England führen werde. Noch niemals war hier die Meinung des Publikums aller Parteien über einen Gegenstand einstimziger, als darüber, daß die Aufhebung der entente cordiale lediglich der Französischen Regierung zur Last falle.

Die Pariser Journalisten haben Unrecht, wenn sie sich einbilden, daß die Aussicht auf Krieg hier zu Lande den Sturz eines Cabinets oder die Auflösung einer Partei herbeiführen würde. Durch seine politische Einheit und seine Hülfquellen ist England gerade in gegenwärtiger Zeit eben so gut zum Kriege gerüstet, wie irgend eine andere Macht in Europa. Die letzten drei Jahre ist man sehr eifrig damit beschäftigt gewesen, für die Vertheidigung der Küsten zu sorgen und die Stärke der Flotte zu vergrößern. Die Finanzen des Staats sind in einer glänzenden Lage, die Beziehungen zu dem übrigen Europa friedlich und sicher, und um eine gerechte Sache würde die Englische Nation ohne Zögern gewiß eher in den Krieg gehen, als sich der geringsten Verletzung ihrer Rechte oder wenigstens dem entferntesten Angriff auf ihre Ehre zu unterwerfen. Im Jahre 1840 drohte Frankreich mit Krieg, als es dazu nicht gerüthet war. Im Jahr 1846 hat England mit Krieg nicht gedroht, aber es ist moralisch und physisch bereit, den Weg einzuschlagen, welchen die kommenden Ereignisse oder seine eigene Politik ihm vorschreiben werden.

Die Morning-Chronicle sagt, mit Bezug auf die Genfer Verhältnisse, daß diese fortwährenden Umwälzungen einzig und allein dem Wiener Congresse zuzuschreiben seien, der es zugegeben habe, daß der Schweizer Bundesvertrag die Bundessoveränetät der Cantonal-Souveränetät fast gänzlich unterordne.

Die Brodpreise hier in London steigen noch immer; das Loib von 4 Pfd. kostet bereits 10 und selbst 11 Pce.

S c h w e i z.

Bern. (Bas. 3.) Die Freiwilligen, welche zum Schutze der Regierung aus dem Seelande in die Stadt gezogen waren, ließen sich durch einen Commissair bereden, zurückzukehren. Ungefähr 150 Mann aber wurden theils einkasernirt, theils einquartirt. Der Kornhausplatz wurde am 20. Oktober nicht mit Artillerie besetzt, hingegen einige Passagen gesperrt und mehrere Pikets und bedeutende Wachtposten ausgestellt. Nicht der geringste Lärm hatte statt. Der Markt war massenweise von Neugierigen besucht, welche die abenteuerlichsten Erzählungen über Diebsbanden, Gesindel u. dergl. gehört hatten und glaubten. Züb-Schmied und Professor Müller sind noch nicht auf freiem Fuße. Stettler, der sich in der letzten Bürgerversammlung durch sein grobes Benehmen gegen die Bürgerschaft auszeichnete, soll auch festgenommen worden sein. Die Bürgerwache, unter dem Commando des Oberst-Lieutenants Gatscher vom Genie, hat sich bedeutend rekrutirt und soll zu 500 Mann herangewachsen sein. Man hofft nun, das Militair werde in den nächsten Tagen entlassen werden.

Den mahnenden Ernst der Zeit nicht verkennend, hat die Regierungs-Kommission auch die Einladung an den Kriegsrath erlassen, die nöthigen Maßnah-

men zu treffen, daß die hiesigen Truppen in vollkommen wehrfähigen Zustand versetzt werden.

Genf. — Von Neuem taucht das Gerücht auf von einer ziemlich einflussreichen Partei, deren Politik durch mancherlei Wendungen, selbst durch simulirten Terrorismus dahin gehen soll, Genf wieder Frankreich zuzuwenden.

I t a l i e n.

Rom den 14. Oktbr. Die Meinung, daß der früher erwähnte fanatische Aufruf gegen Pius IX. von dem Cardinal della Genga herrühre und derselbe bereits in der Engelsburg sitze, findet allgemeinen Glauben. Gewiß ist es, daß der Cardinal längst als der heftigste Gegner des neuen Systems bekannt ist. — Gestern früh machte J. M. die Königin der Niederlande Sr. Heil. dem Papste in dem Quirinal einen Besuch. Der Prinz Alexander und der K. Niederländische Gesandte, Graf v. Liedeferke, begleiteten die Königin. — Auch unsere Juden schmeicheln sich mit der Hoffnung, daß ihnen von den Reformen des neuen Papstes etwas zu Gute kommen werde. Man fürchtet aber, daß wenn man nicht etwa der Juden bei der Tilgung der Römischen Schuld bedarf, oder Nothschild einmal aus der Verlegenheit helfen muß, Alles beim Alten bleiben wird.

(N. 3) Das hiesige Diario enthält nachstehenden päpstlichen Erlaß: „Um dem Gang der Staatsgeschäfte einen besseren Verlauf zu verschaffen, und damit die in verschiedenen Zeiten von seinen Vorgängern gemachten Einrichtungen den Bedürfnissen der Gegenwart mehr entsprechen möchten, hat Se. Heiligkeit unser Herr unter oberster Leitung des Staats-Sekretairs, Kardinals Gizzi, eine Kommission niedergesetzt, welche einen Plan entwerfen soll: 1) für geeignete Scheidung und Trennung verschiedener Dikasterien der Staats-Verwaltung betreffs der Art ihrer Geschäfte und ihrer Kompetenz! 2) für die Einrichtung eines Minister-Raths, in dem alle wichtigen Angelegenheiten jedwedes Regierungs-Resorts zu berathen und von dort der Entscheidung Sr. Heiligkeit zu überantworten sind. Die genannte Kommission bilden, laut päpstlichen Reskripts, der jedesmalige Mons. Uditore generale der apostolischen Kammer, Mons. Governatore di Roma, Mons. Tesoriere generale, Mons. Presidente delle Armi, Mons. Segretario della Sacra Consulta, die beiden Substitute des Staats-Sekretariats und der Haus-Prälat Sr. Heiligkeit, Mons. Rusconi, letzterer als Sekretair der Kommission.“

Corfu den 18. Okt. Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist am 16ten Nachmittags, unter dem Namen eines Grafen v. Ravensberg, im erwünschtesten Wohlsein nach einer stürmischen Ueberfahrt hier eingetroffen, und hat im Hôtel del Globo, an der Esplanade, sein Absteige-Quartier genommen. Höchstwahrscheinlich haben die Zeit höchst ihres Aufenthaltes hier zu Ausflügen in die Umgegend benutzt, und werden sich am 19ten, in Begleitung des Gouverneurs Lord Seaton, zu einer Rundreise der Ionischen Inseln einschiffen.

R u s s l a n d u n d P o l e n.

St. Petersburg den 20. Oktbr. (Spen. Jtg.) Se. Maj. der Kaiser und der Großfürst Thronfolger sind seit vorgestern Abend aus Moskau wieder in Zarstoj-Selo zurück. Gestern früh kam der Kaiser schon zur Stadt und wohnte der Wachtparade bei.

Der Fürst Woronzow hat das Oberkommando der Tscherkessischen Armee aufgegeben und ist als Russischer Gesandter zu Wien angestellt. (?) Man erwartete von ihm, er werde leisten, was keiner seiner Vorgänger vermogte, wenigstens den Grund legen zum künftigen Triumph der Russischen Waffen in Tscherkessien. Allein, obwohl eine größere Truppenmenge ihm zu Gebote stand, als man je sie in diesem Kriege verwandte, und obgleich es ihm an Unternehmungsgewalt und Kühnheit nicht fehlt, richtete er nicht nur nichts aus, sondern erlitt sogar schwere Niederlagen als die vor ihm kommandirenden Generale. Woronzow's Anstellung als Gesandter in Wien ist eine Zurücksetzung und also ein Zeichen von Ungnade. Er war vor seiner Anstellung als Oberbefehlshaber der Tscherkessischen Armee Generalgouverneur von Neurossland und Bessarabien; diese Stelle sollte er nach Beendigung des Krieges gegen die Tscherkessen auch wieder antreten, allein jetzt ist seine Bestimmung nach Wien.

Die Grodnosche Zeitung giebt uns nachstehende Mittheilung: „Fast zu gleicher Zeit als in Krakau und Galizien im Februar dieses Jahres die Polnische Insurrektion ausbrach, wurden durch den Emisfar Nähr vermittelt geheime Correspondenz-Verbindungen ähnliche aufrührerische Versuche auch in Litthauen eingeleitet. Nachstehende Individuen, sämmtlich aus dem Brezeslitzewskischen Kreise des Gouvernements Grodno gebürtig, sind an derselben theilhaftig befunden wor-

den: Joseph Boguzlawski, Apollon Hofmeister, August Sufin, Felix Ponitwizki, Luzian Letschewski, Vincenz Matuschewitsch, Joseph Ropelowski, Ludwig Scharshinski, Vincenz Janischewski und der Collegien-Registrator Cyprian Butschinski. In Folge dessen haben Se. Kaiserl. Maj. dem Litthauischen General-Gouverneur zu befehlen geruht, sämmtliche unbewegliche Habe genannter Personen, wo sich dasselbe auch im Reiche befinden möge, mit Sequester zu belegen.“

Warschau. — Ein merkwürdiger Prozeß, der 2 Jahre schwebte, ist jetzt vom dem Kaiser selbst entschieden worden. Ein reicher Russischer General verlobte sich mit der schönen Tochter eines Polnischen Edelmanns bei Warschau, und erhielt auch dessen Einwilligung zur Hochzeit. Zur Trauung erschien nur der Bräutigam mit einem Capitain und 2 Offizieren, ersterer als Pope, letzterer als dessen Zeuge verkleidet, und er ließ sich von dieser Geistlichkeit mit seiner Braut trauen. Zwei Jahre später war ihm die Frau zum Ueberdruß, er erklärte demnach, sie möge zu ihrem Vater zurückkehren, und eröffnete ihr ohne Weiteres die Täuschung. Die betrogene Frau hielt dies Anfangs für Scherz, allein ihr grausamer Mann belehrte sie bald von dem bitteren Ernst und stieß sie aus dem Hause. Der Vater klagte, verlor aber natürlich gegen den Russischen General den Prozeß in allen Instanzen, bis jetzt das Urtheil an den Kaiser selbst kam, und dieser entschied: „Da der General nicht wirklich mit seiner Frau getraut sei, so sei die Ehe ungültig; dafür jedoch, daß er die Frau auf schändliche Weise hintergangen, werde er mit Verlust seines Gehalts und Amtes entlassen, ohne je auf eine andere Anstellung Anspruch machen zu können. Sein ganzes Vermögen solle der betrogenen Frau zufallen und er selbst nie mehr heirathen.“ Der als Pope verkleidet gewesene Capitain soll lebenslänglich Pope*) bleiben und die beiden Offiziere auf lebenslang seine Zeugen mit geringem Gehalt. — Der Adel in Liefland, der sich über die Eingriffe der Russischen Beamten in seinem Rechte gekränkt glaubt, hat sich mit einer Deputation nach St. Petersburg gewendet. Man will bemerken, daß das Königreich Polen wieder mit größerer Strenge behandelt wird, und glaubt, daß die Maßregeln in Galizien dabei einwirken.

Vermischte Nachrichten.

Der durch die Veröffentlichung des Geheimnisses der Präparation der explosirenden Baumwolle bekannte Dr. Otto aus Braunschweig bemerkt unter Anderem in einem neueren Artikel: „Wir können sagen, daß unser Präparat mindestens Das leistet, was Schönbeins Präparat nach der Times leistet, denn ich würde vor der Hand nicht wagen, 40 Gran von unserem Präparate zu einem Schusse zu verwenden. Die Art und Weise des Ladens hat großen Einfluß auf die Wirkung; die Wirkung ist weit schwächer, wenn man die Baumwolle sehr fest stampft, als wenn man diese locker läßt. Deshalb machen auch eingemengte Knötchen das Resultat so unsicher.“

Nach der Rhein- und Mosel-Zeitung hat ein in Brüssel ansässiger Besitzer einer großen Piano-Fabrik, Herr van Hecke, ein Mann von Bildung und ein erfindertischer Kopf, einen Luftwagen erfunden, für welche Erfindung er auch bereits in Paris ein Patent genommen. Die Belgische Regierung hat zu den Versuchen ein Terrain in dem großen Eisenbahnhofe von Mecheln (Malmes) angewiesen, und Herr Dr. van Hecke behauptet, mit dem Barometer in der Hand und einem durch ihn erfundenen Stenerruder-Apparat seine Maschine auf und nieder und nach allen Richtungen, ohne Gefahr, von den Strömungen in der Luft fortgerissen zu werden, nach einem bestimmten Punkt hinleiten zu können.

Die Spanische Ordens-Kanzlei hat nun alle Hände voll zu thun, um alle Ordensverleihungen anzufertigen. Das Personal mußte verdreifacht werden, und dennoch wird das Geschäft vor Ablauf dieses Jahres nicht beendet werden. Wie man hört, werden 25 Herzogs- und 100 Marquis- und Grafentitel vertheilt werden.

Ein eigenthümliches Unglück ist am 16. d. M. Abends in Berlin geschehen, indem einem jungen Mädchen, das eben an der Mutter Hand aus ihrem Hause austrat, ins Auge geschossen wurde. Niemand weiß, woher der Schuß kam, der wahrscheinlich das Auge zerstört hat.

Am 19. Oktober wurden in Darmstadt vergleichende Versuche aus dem gewöhnlichen Pulver-Probemörser mit Schießpulver gemacht, wonach aber in dieser Schütart das neue Präparat nicht anzuwenden sein würde, indem es die Kugel kaum 10 Schritte weit schleuderte, die von der äquivalenten Pulverladung 800 Fuß weit geschleudert wird.

*) Also ist das in Russland eine Strafe!

Die heute Abend um 1/8 Uhr glücklich erfolgte Entbindung meiner Frau, geb. Freymark, von einer gesunden Tochter zeige ich — statt jeder besondern Meldung — hierdurch an.
Posen, den 27. Oktober 1846.

L. von Wilamowik,
Prem.-Lieutn. und Adjutant im 19. Inf.-Regt.

Öffentlicher Verkauf
zum Zweck einer Auseinandersetzung.

Ober-Landesgericht zu Posen.

Das adlige Rittergut Kuchark II. Theils, im Kreise Pleschen, abgeschätzt auf 6607 Rthlr. 27 Sgr. 2 Pf., soll

am 9ten Februar 1847 Vormittags um 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Laxe nebst Hypothekenschein und Bedingungen können in unserm IV. Geschäfts-Bureau eingesehen werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekanntem Geschwister v. Wegierski, Camilla Cornelia und Anton Julius, auf welche der Besitztitel im Hypothekenbuche mitberichtigt ist, so wie nachgenannte, ebenfalls dem Aufenthalte nach unbekanntem Real-Gläubiger, als:

a) die Jacob v. Dsiński'schen Erben, und insbesondere:

1) die Kunigunde verwittwete v. Dsiński'sche geborne v. Karmosiecka,

2) die Walbina verw. Bereznička, geb. v. Dsińska,

3) die Josepha verw. v. Wyrzytkowska, geborne v. Dsińska,

4) die Marianna und Matheus von Dsiński'schen Eheleute,

5) die Thecla v. Dsińska,

6) die Ludovica verw. v. Podlecka,

7) der Julian v. Chmielecki, und

8) der Erasmus v. Dsiński; und

b) die Wittwe Walbina v. Bereznička, und die Geschwister Stanislaus und Felician v. Bereznički,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Den Herren Juristen ist jetzt die Anschaffung einer der wichtigsten Preussischen Rechtsquellen, die **Neue Folge der Entscheidungen des geheimen Ober-Tribunals**, bei Carl Heymann in Berlin, durch eine Ausgabe in **Lieferungen ohne Preiserhöhung** erleichtert. **Der Band in 3 Lieferungen** zu je 25 Sgr. — 1 Thlr. Erschienen: 2 Bände oder 6 Lieferungen; zu beziehen durch **Gebrüder Scherf** in Posen, Markt- und Franziskanerstraßen-Ecke No. 77.

Musikdirektor Canthals glänzende Erfolge in Berlin, Hamburg u. haben dessen Tänze schnell zu den Lieblingen des Publikums erhoben, und sind für Piano als leicht spielbar und vortrefflich zu empfehlen: Vörsenwalzer, Dampfwalzer, Colosseums-Tänze, Bajadere-Tänze, Gruß an Deutschland à ½ Rthlr., Polka militaire, Stradella-, Albions-, Soirée-, Champagner-, Matrosen-Polka à ¼ Rthlr. Marsch, Galopp und Polka aus Epohr's Kreuzfahrten u. Dieselben auch für Orchester, vorrätig in Posen bei **Schirmer & Bredull**, **Wilhelms-Straße im Hôtel de Dresde.**

Vorstehende Handlung empfiehlt ihre Musikalien-Leih-Anstalt.

Öffentliche Vorladung.

Auf dem Gute Dobrzyce, Krotoschiner Kreises, waren Rubrica III Nr. 5 ex decreto vom 8. Dezember 1800 25,310 Rthlr. 24 Sgr. 8 Pf. (oder 19 Sgr. 9 Pf.) auf Grund des gerichtlichen Schuldschreibens des General-Lieutenants von Gorzeński vom 30. November 1800 für die Alexandra v. Gorzeńska geb. Gräfin Störzweka eingetragen und ex decreto vom 22 Juni 1823 war die Verzinslichkeit dieser Post zu 5 pCt. nachträglich vermerkt.

Von dieser Post hat der Baron von Kottwitz durch die Cession der Generalin von Turno geb. v. Rogalska vom 1. September 1835 einen Antheil im Betrage von 22,472 Rthlr. 11 Sgr. 6 Pf. erworben.

Bei der Subhastation von Dobrzyce wurde, weil weder das Document über die Antheils-Post, noch die Cession vom 1. September 1835 beigebracht worden, aus dem Percipiendo des dem Baron von Kottwitz an der im Hypothekenbuche von Dobrzyce eingetragen gewesenen Post zugestandenen Antheils eine Spezial-Masse angelegt, welche aus 382 Rthlr. 25 Sgr. 6 Pf. baar und aus einem, auf Dobrzyce eingetragenen Kaufgelder-Rückfunde von 10,926 Rthlr. 11 Sgr. 5 Pf. nebst Zinsen bestand. Das Eigenthum dieser Spezial-Masse nebst den sämmtlichen davon aufgekommene Zinsen ist, nachdem das gesetzliche Aufgebot erfolgt und die Präklusoria vom 9. März 1844 ergangen war, durch das Erkenntnis der ersten Abtheilung des hiesigen Königl. Oberlandesgerichts vom 28. August 1844 den Erben des Baron von Kottwitz, nämlich: der Friederike Helene Henriette Charlotte Wilhelmine v. Kottwitz, verheiratet Hauptmann von Kozierowska, und der Friedrike Louise Charlotte Renate von Kottwitz, verheiratet Gutsbesitzer Wandelow zugesprochen, und es ist diesen daher der Depositatbestand der Spezial-Masse ausgezahlt und der auf Dobrzyce eingetragene Kaufgelder-Rückstand überwiesen worden.

Es sind jedoch später noch einige Beträge auf diese Antheils-Post zur gedachten Spezial-Masse geflossen und diese beträgt mit Einschluß der bis zum 24 März 1846 berechneten Depositat-Zinsen 1742 Rthlr. 3 Sgr. 8 Pf.; außerdem aber sind auch noch nachträgliche Zahlungen auf dieselbe zu erwarten. Da die Documente über die Antheils-Post auch jetzt noch nicht herbeigeschafft sind, so werden alle diejenigen unbekanntenen Personen, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfand-Inhaber, oder sonst Berechtigter Ansprüche auf die gedachte nachträglich gebildete Spezial-Masse, oder auf die dazu ferner noch eingehenden Beträge, oder an den angewiesenen oder noch anzumeisenden Kaufgelder-Rückstand zu haben vermeinen, aufgefordert, dieselben spätestens in dem auf den 9. Januar 1847 Vormittags um 10 Uhr vor dem Ober-Landesgerichts-Referendarius Niemann an der Gerichtsstelle hieselbst angesetzten Termine anzumelden, widrigenfalls sie damit präcludirt werden.

Die Solenta von Gajewska und die Leocadia verheiratet Gräfin von Engeström werden hierdurch zur Vermeidung der Präklusoria zu diesem Termine öffentlich vorgeladen.

Posen am 26. März 1846.

Königl. Ober-Landesgericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Kolonialwaaren-Bedarfs, als: Kaffee, Zucker, Reis u. und des Lichtbedarfs für die hiesige Heil-Anstalt pro 1847, soll im Wege öffentlicher Licitation dem Mindestfordernden überlassen werden. Zu diesem Behufe ist auf den 10ten November d. J. Nachmittags 2 Uhr in dem Bureau der Anstalt ein Termin zur Bekanntmachung der Bedingungen und Abgabe der Offerten angesetzt.

Als Bietungs-Cautions werden bei der Kolonialwaaren-Lieferung 50 Rthlr. und bei der Licht-Lieferung 5 Rthlr. verlangt.

Dwinsk, den 26. Oktober 1846.

Die Direktion der Provinzial-Irren-Heil-Anstalt.

Versammlung des Lehrer-Vereins morgen Freitag den 30ten Oktober Abends 5 Uhr im Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasio.

Den geehrten Mitgliedern die ergebene Anzeige, daß Sonnabend den 31sten d. Nachmittags 2 Uhr in unserm Lokale im Hôtel de Tyrol am Sapichaplag die Vorträge beginnen.

Das Comité des Israelit. Handlungsdiener-Instituts.

Ein Destillationsgeschäft nebst allem Zubehör, Apparat und Wohngebiude, ist sofort zu vermieten. Das Nähere ist bei dem Herrn Lewandowicz in Posen, St. Adalbertstraße No. 45., zu erfahren.

St. Martinstraße No. 78. ist eine geräumige Wohnung mit auch ohne Stallung zu vermieten.

Lotterie.

Die Ziehung der 4ten Klasse 9ster Lotterie beginnt am 5ten November. Das Recht auf das Loos zur 4ten Klasse bleibt für den Spieler nur bis zum 2ten November in Kraft, wie das die Randbemerkung auf dem Loose 3ter Klasse ergibt. Wer bis dahin sein Loos nicht einlöst, möge es sich selbst zuschreiben, wenn es für Rechnung der General-Lotterie-Kasse anderweitverkauft oder zurückgeschickt wird und ihm dadurch verloren geht.

Der Lotterie-Einnehmer Fr. Bielefeld.

Zwei neue Mahagoni-Sopha's und ein alterthümlicher Spiegel zu sehr herabgesetzten Preisen sind zu verkaufen bei E. Neumann jun., Tapezier, Neue Straße No. 4. neben dem Bazar.

Ursache halber verkaufe ich wiederum

$\frac{3}{4}$ und $\frac{4}{4}$ = **Billarde**
von 75 bis 85 Rthlr.
Louis Falk.

Mercadier Fabre's aromat. med. Seife, von den Herren Aerzten, als: Geheimen Rath Dr. Gräfe, Dr. Katorp, Lehweß und Gustorff, als das vorzüglichste und untrügliche Mittel gegen giftige Leiden, Drüsen, Flechten, Sommersprossen, Ausschläge, Hautschärfen u. anerkannt, empfiehlt J. G. Bernhardt in Berlin.

In Posen ist diese Seife nur beim Parfümeur Herrn **Louis Klawir**, Breslauerstraße No. 14., ächt zu haben.

Gas-Lampen in größter Auswahl, so wie Summi-Schuhe empfiehlt zu ganz besonders billigen Preisen die Handlung **Alexander & Swarsenski.**

Gute, gesunde hellrothe Kartoffeln sind zu haben beim Schiffer Steegemann am Kleemannschen Wartha-Ufer.

Die erwarteten **Dampf-Caffee's** sind wieder vorrätig bei **E. W u f f**, Friedrichsstraßen-Ecke No. 25.

Reisegelegenheit nach Dresden den 1sten | No-
Warschau den 4ten | vember
bei E. Lenz in Posen im Hôtel de Saxe.

Gepäcke werden von heute an zu diesen Reisen angenommen.

Bestellungen auf **Magdeburger Sauer-Kohl** nimmt an in Posen
J. Seidemann, Wallischei.

Einem hochgeehrten Publikum mache ich die ergebenste Anzeige, daß ich mich in Posen als Wurst-Fabrikant etablirt habe.

Roher und gekochter Schinken, so wie Fraustädter Würstchen und verschiedene andere Sorten guter Wurst sind zu möglichst billigen Preisen stets bei mir zu bekommen. Ich bitte um geneigten Zuspruch.

A. Schulze aus Fraustadt,
große Gerber- und Wasserstraßen-Ecke No. 16.

Heute Donnerstag den 29ten Oktober frische Wurst mit Schmorhohl, wozu ganz ergebenst einladet
Theodor Barteldt,
Tauben- und Jesuitenstraßen-Ecke.

Heute Donnerstag zum Abendessen frische Wurst und Schmorhohl, wozu ergebenst einladet
Königsstraße No. 1. **Hildebrand.**

Börse von Berlin.

Den 26 October 1846.	Zins-Fuss.	Preus.Cour	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	93½	92½	
Präm.-Scheine d. Seehdl. à 50 T.	—	90½	—	
Kurm. u. Neum. Schuldversch.	3½	92½	—	
Berliner Stadt-Obligationen . .	3½	92½	92½	
Westpreussische Pfandbriefe . .	3½	92½	—	
Grossherz. Posensche Pfandbr.	4	102	101½	
ditto dito	3½	91½	—	
Ostpreussische dito	3½	94½	93½	
Pommersche dito	3½	93½	—	
Kur- u. Neumärkische dito . . .	3½	94	—	
Schlesische dito	3½	96½	—	
ditto v. Staat. g. Lt. B.	3½	—	—	
Friedrichsd'or	—	137½	137½	
Andere Goldmünzen à 5 Thlr. . .	—	111½	111½	
Disconto	—	4	5	
Actien.				
Potsd.-Magdeb.	4	87½	—	
dto. Oblig. Lit. A.	4	92½	91½	
dto. Lit. C.	4	—	—	
Magd. Leipz. Eisenbahn	—	—	—	
dto. Prior. Oblig.	4	—	—	
Berl. Anb. Eisenbahn	—	112½	—	
dto. Prior. Oblig.	4	—	—	
Düss. Elb. Eisenbahn	—	—	—	
dto. Prior. Oblig.	4	—	—	
Rhein. Eisenbahn	—	85	—	
dto. Prior. Oblig.	4	—	—	
dto. vom Staat garant.	3½	—	—	
Ob.-Schles. Eisenbahn Lt. A. . . .	4	—	—	
do do Prior.-Obl.	4	—	—	
do do Lt. B.	—	—	—	
Brl.-Stet. E. Lt. A und B.	—	106½	—	
Magdeb.-Halberstädter Eisenb.	4	105	104	
Bresl.-Schweid.-Freiburg-Eisenb.	4	—	—	
ditto Prior. Oblig.	4	—	—	
Bonn Kölner Eisenbahn	5	—	—	
Niedersch. Mk. v. c.	4	87½	—	
do. Priorität	4	94	93½	
do. Priorität	5	100½	—	
Niederschlesisch-Mrk. Zwgb. . . .	4	—	—	
do. Priorität	4½	90½	—	
Willh.-B. (C.-O.)	4	—	—	
Berlin-Hamburger	4	96½	—	

Getreide-Marktpreise von Posen, Preis

den 26. Oktober 1846.	von		bis	
(Der Scheffel Preuss.)	Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.
Weizen d. Schfl. zu 16 Wd.	2	20	2	24
Roggen dito	2	11	2	15
Gerste	1	27	2	3
Hafer	1	3	4	6
Buchweizen	1	23	4	27
Erbsen	2	2	3	6
Kartoffeln	—	15	7	18
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	17	6	20
Stroh, Schock zu 1200 Pfd.	7	15	—	8
Butter das Faß zu 8 Pfd.	2	—	2	5